



Stadt Ulm, Oberbürgermeister, 89070 Ulm

CDU/UfA Fraktion Ulm
Rathaus
Marktplatz 1
89073 Ulm

17.06.2026

Ihr Antrag 081/2026
Bildungsfond zur Sanierung von Kitas und Schulen

Sehr geehrte Damen und Herren der CDU/UfA Fraktion,

vielen Dank für Ihren Antrag 081/2026 in dem Sie beantragen, die absehbar finanzielle Entlastung für die Stadt Ulm, wenn das Land die Kosten für das letzte Kindergartenjahr übernimmt nicht dem allgemeinen Haushalt zuzuführen, sondern im Bildungssektor zu belassen und insbesondere für Schulen und Kitas einzusetzen. Es soll ein Bildungsfond eingerichtet werden.

Im Koalitionsvertrag zwischen der Bündnis 90/Die Grünen und der CDU ist in Kapitel 4 zum kostenlosen letzten Kindergartenjahr folgendes zwischen den Regierungsparteien vereinbart: „Wir werden ein verbindliches und kostenfreies letztes Kindergartenjahr mit obligatorischen Bildungsinhalten im Wege eines Vorziehens der Schulpflicht ein führen, damit sich alle Kinder – auch die, die bisher kein Angebot der frühkindlichen Bildung wahrnehmen – gut entwickeln können und auf den Schulstart vorbereitet sind.“

Nach einer Bewertung des Koalitionsvertrag durch den Städtetag Baden-Württemberg ist es noch völlig unklar, was aus dem Vertragstext für die Finanzierung abgeleitet werden kann. Die Diskussionen während der Koalitionsverhandlungen gingen teilweise munter durcheinander. Das Vorziehen der Schulpflicht spricht eigentlich für eine vollständige Kostenübernahme durch das Land.

Es bestehen aber viele offene Fragen, weder Umfang, noch Ort, noch die organisatorische Verantwortung stehen fest. Daher sind die jeweiligen Konsequenzen daraus noch nicht abschließend bewertbar.

In der Bewertung des Städtetags muss die Finanzierung beim Land liegen. Der Ausfall der Elternbeiträge wird zwischen 250 und 300 Mio. Euro pro Jahr veranschlagt.

Zusammenfassend können die finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt mit den aktuell vorliegenden Informationen noch nicht abgeschätzt werden. Erst nachdem das Land die konkrete Ausgestaltung ausgearbeitet hat, können die finanziellen Auswirkungen für den städtischen Haushalt ermittelt werden.

Sollten sich nach Ausarbeitung der genauen Regelungen finanzielle Spielräume aus dem kostenfreien Kindergartenjahr im städtischen Haushalt ergeben, obliegt es selbstverständlich dem Gemeinderat über diese zu entscheiden. Wir werden das Thema dann zu gegebener Zeit in die gemeinderätlichen Gremien einbringen.

Bis dahin bitte ich Sie noch um Geduld.

Mit freundlichen Grüßen



Martin Ansbacher
Oberbürgermeister